

Erklärung der DKP Schleswig - Holstein zu den Kreis- und Kommunalwahlen

Die Auswirkungen der großen weltweiten Krise haben längst die Kommunen und Kreise in unserem Land erreicht. Armut gilt sowohl für die öffentlichen-, zunehmend auch für mehr private Haushalte als Daseinsproblem. Die Verschuldung frisst, durch Tilgung und Zinszahlung an die Banken, größer werdende Teile der Haushaltsmittel auf. Die sozialen Aufgaben werden durch Ausgabenkürzungen eingeschränkt oder teilweise ganz eingestellt.

Das Steueraufkommen reicht nicht zum Ausgleich der Haushalte, Reiche und Vermögende zahlen im Verhältnis zu anderen Teilen der Bevölkerung zu wenig Steuern, bzw. transferieren ihr Vermögen ins Ausland, um keine Steuern zu zahlen. Die öffentliche Für- und Vorsorge werden eingeschränkt, Opfer sind die Armen, oft alleinerziehende Frauen und deren Kinder. Die Folgen sind unmenschlich: Stromabschaltungen, sogenannte Entmietungen. Zunehmend mehr Menschen besitzen keine Krankenversicherung. Die Zahl der Tafeln und Notunterkünfte wachsen an. Das Bildungssystem leidet unter mangelnder Finanzierung, genau wie Kultur, Sport und Freizeit.

Durch Privatisierungen wurden für Unternehmen neue Profitquellen erschlossen, für die Bevölkerung wachsen Abgaben und Preise für viele notwendige Lebensbereiche. Privatisierung von öffentlichen Aufgaben bedeutet für immer mehr Menschen: von den Löhnen kann man nicht leben. Menschen werden gezwungen, bei Ämtern betteln zu gehen. Die Kommunen zahlen immer mehr „Aufstockungsgelder“ und finanzieren damit Extraprofite für Unternehmen und erhöhen somit erneut die Schuldenlast.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

Das Problem in allen kapitalistischen Gesellschaften ist nicht der Mangel, sondern die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Laut Grundgesetz ist die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Laut Grundgesetz verpflichtet Eigentum zum sozialen Verhalten. Die Realität in den Dörfern, Städten und Kreisen in unserem Land sieht anders aus. Es wird Zeit, dass der Verfassungsauftrag politisch durchgesetzt wird.

Dazu sind eine viel stärkere außerparlamentarische Bewegung und Druck für die Durchsetzung der Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung nötig.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

- keine weiteren Privatisierungen, Rückführung von Energieversorgung, von Krankenhäusern und kulturellen sowie Bildungseinrichtungen in öffentliche Hände
- Streichung der Schulden und Zinszahlungen an die Großbanken
- Eine Reichensteuer für Millionäre, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine höhere Steuerbelastung für große Einkommen. Eine neue Verteilung der Steuern zugunsten der Kommunen und Kreise.
- Die Sicherung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst als 1. Schritt um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der öffentliche Sektor ist gerade für sozial schwächere Familien dringend nötig.

Die DKP Schleswig - Holstein ruft die Menschen des Landes auf, zur Wahl zu gehen und vor Ort zu entscheiden, welchen Kandidaten oder Listen man sein Votum geben kann und sollte. Die DKP wird als Partei nicht zur Wahl antreten, ist aber in Bündnissen und bei der Partei „Die Linke“ auf Listen vertreten.

Man sollte die „Stimme“ für den notwendigen Druckaufbau, auf die eigenen Interessen zu sichern, behalten und für Protest und die Formulierung von Alternativen nutzen.

In den Kommunen und Kreisen ist die Möglichkeit vorhanden Kräfte zu bündeln und eine gesellschaftliche Umverteilung zu fordern, dafür zu streiten, und vermutlich in einen längeren Kampf auch erfolgreich zu handeln.

Schließlich werden wir erst dann eine tatsächlich sozialere Kommunalpolitik gestalten können, wenn wir das Kräfteverhältnis zugunsten der werktätigen Menschen verändert haben.

Die DKP kämpft für eine Gesellschaftsordnung, in der nicht maximale Profite weniger Konzerne und Banken das Ziel des Wirtschaftens ist, sondern das Wohl der Menschen unter der Berücksichtigung der Natur und einer nachhaltigen Versorgung mit Wasser und Energie.